

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

93. Jahrgang.

Montag, den 20. Januar

1919.

N 15

Wahlergebnis für die Nationalversammlung in Württemberg und Hohenzollern.

Bei der gestrigen Wahl zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung haben von 1 500 900 Wahlberechtigten 1 331 495 abgestimmt. Gültig waren 1 327 814 Stimmzettel, ungültig 3681. Es entfielen auf

die Unabhängige sozialdemokr. Partei	36 413
„ Deutsche Friedenspartei	3 504
„ Deutsche demokratische Partei	332 010
das Zentrum	303 050
die Sozialdemokratische Partei	470 316
„ Württ. Bürgerpartei, Bauern- und Weingärtnerbund	182 511
Damit erhalten Siege:	
Unabh. Sozialdemokr. Partei	0
Deutsche Friedenspartei	0
Deutsche Demokratische Partei	4
Zentrum	4
Sozialdemokratische Partei	7
Württembergische Bürgerpartei	2

Calw. Die Wahlergebnisse sind: Unabhängige 128, Friedenspartei 37, Deutsch-Demokratische Partei 4419, Zentrum 223, Sozialdemokraten 4877, Württ. Bürgerpartei 4436.

Serrnenberg. Die Wahlergebnisse sind: Unabhängige 95, Friedenspartei 30, Deutsch-Demokratische Partei 3006, Zentrum 757, Sozialdemokraten 3168, Württ. Bürgerpartei 5080.

Die Trier-Verhandlungen.

Über den Verlauf der Verhandlungen zur Verlängerung des Waffenstillstandes geben wir noch eine kurze Übersicht, wobei es uns weniger auf mögliche Widergabe, als darauf ankommt Geist und Stimmung der Verhandlungen festzuhalten.

Foch überreicht einem Schriftsatz. Die blaugelblich-roten Stellen enthalten die Bedingungen (die Bedingungen haben wir unseren Lesern bereits mitgeteilt.)

Foch. Am 17. Januar, morgens 5 Uhr, läuft der Waffenstillstand ab. Ich erwarte eine Antwort bis morgen, den 16. Januar, vormittags.

Erzberger: Für welche Frist ist die Verlängerung in Aussicht genommen?

Foch: Wie bisher für einen Monat.

Staatssekretär Erzberger verliest nunmehr die bereits im Ausgang mitgeteilte Rede, welche diesmal im Gegenstoß zur früheren Gespinntheit des französischen Dolmetschers abschnittsweise überlegt wird. Foch hört gespannt zu und wird erregt, sobald sein Name fällt. Nach Beilegung des Abschnitts der Rede, welcher die Ablieferung des Eisenbahnmaterials behandelt, greift Foch sehr lebhaft ein.

Foch: Ich bin ganz überrascht, daß von mir gegebene Zusagen nicht gehalten worden sein sollen. Ich verlange ganz präzise Angaben.

Erzberger: Ich habe durch General v. Wintersfeldt wiederholt und in letzter Zeit täglich eine Menge von Einzelheiten mit ganz genauen Angaben über die Behandlung des deutschen Eisenbahnpersonals, welches zur Abgabe von Lokomotiven und Wagen im besetzten Gebiet fuhr, dem General Nubant in Spaas überreichen lassen.

Foch: Ich wiederhole, mir ist von diesen Angaben nichts bekannt. Ich bitte um weitere Einzelheiten.

Erzberger: Dann kann ich nur sagen, daß meine, dem General Nubant übergebenen Angaben nicht weitergegeben worden sind. Sowie es mir in Trier möglich ist, werde ich sofort Notizen zusammenstellen und heute nachmittag dem französischen Generalkommandeur Weygand überreichen lassen.

Die Aussprache über die Auslegung des Artikels 5 wonach die Teilnahme an Kriegsmassnahmen, die vor Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages stattfanden, nicht strafbar sein soll, gestaltet sich besonders dramatisch.

Erzberger: Ich muß darauf hinweisen, daß trotz der gegebenen Zusicherungen eine Reihe von Verlethtern, die im guten Glauben Industriematerial von den deutschen Militärbehörden übernommen haben, jetzt von den Alliierten verfolgt und ins Gefängnis gesetzt wurden. Es liegen hier ausschließlich Fälle von Teilnahme an den in § 6 bezeichneten Kriegsmassnahmen vor, die nach dem Waffenstillstandsabkommen straflos sind. Ich erwarte, daß Marschall Foch über die einzelnen Fälle eine Untersuchung anordnet und nach Einsicht in den Tatbestand die widerrechtlich Verhafteten frei läßt.

Foch: Ich erkläre mich bereit, die Fälle zu untersuchen. Den Höhepunkt erreicht die Aussprache, als Staatssekretär Erzberger das Kapitel der Ausweisungen der Deutschen aus Elsass-Lothringen in Angriff nimmt.

Foch: Die Ausweisungen aus Elsass-Lothringen haben mit der französischen Regierung gar nichts zu tun. Hier handelt es sich um rein militärische Fragen. Das Hauptziel ist die Sicherung der alliierten Truppen. Ich lehne es ab, über Maßregeln militärischer Art Besprechungen oder Kritik anzunehmen. Im übrigen erinnere ich an das Verhalten der Deutschen in Elise und Nordfrankreich.

Erzberger: Das war im Krieg, jetzt sind wir im Waffenstillstand.

Foch: Frankreich lebt mit Deutschland nicht im Frieden. Ich bin Soldat. Wo kein Frieden ist, ist Krieg, ein Drittes gibt es nicht.

Erzberger: Das Dritte ist eben der Waffenstillstand. Ich selbst habe während des Krieges wiederholt durch deutsche Soldaten Nachricht an die Bewohner Elses über ihre Familienangehörigen gelangen lassen. Man könnte doch wenigstens die Häften gegen die elsass-lothringischen Bewohner dadurch mildern, daß man die Bohlpore aufhebt.

Foch: Lassen wir dieses Kapitel. Ich bleibe dabei. Die Bilanz von Elise und Nordfrankreich würde nicht zu ihren Gunsten ausfallen. In dem Kriegszustand in Elsass-Lothringen wird nichts geändert.

Erzberger: Das ist tief bedauerlich, denn hier müssen nur Unschuldige leiden und dabei hat Frankreich nicht einmal einen Vorteil davon.

Den nächsten Vorstoß zur Wiederaufnahme der Aussprache gab die Stelle in Erzbergers Rede: „Deutschland wird nicht der Finanzklippe der Alliierten.“

Foch: Ich wolle es zurück, daß der internationalisierte Finanzkommission, der Vertreter der französischen Regierung den Vorwurf des Bolschewismus ordnen.

Erzberger: Ich bringe nur Tatsachen. Tatsache ist, daß für den Fall der Annahme der französischen Finanzbedingungen der Finanzkommission aus Verhältnissen ausgeht, deren Ähnlichkeit mit bolschewistischen Zuständen nicht bestritten werden kann.

Foch: Wir haben in der Waffenstillstandskommission nur Kriegsfragen zu verhandeln, keine Rechtsfragen.

Erzberger: Einzelheiten. Die Angelegenheit ist eine Rechtsfrage. Wir werden über die ganze Angelegenheit überhaupt nicht weiter verhandeln.

Foch schwelgt.

Zu dem Passus über die Notwendigkeit, die deutschen Kriegesgefangenen zurückzugeben und auf die direkte Anfrage, wann auf die Rückgabe zu rechnen sei, erteilt Foch zunächst keine Antwort. Als er unmittelbar auf die in der Türkei befindlichen deutschen Gefangenen angesprochen wird, wendet er sich an den englischen Admiral, der nach einem demonstrativen Schwärzen endlich bemerkt: Ich habe keine Antwort zu geben. Dasselbe lassen seine beiden Begleiter.

Erzberger: Wenn ich keine Antwort erhalte vom Vertreter Englands, so muß ich annehmen, daß es schwerlich ausreicht, wie durch verbrecherische Latenzlosigkeit Deutsche in den Tod getrieben werden, durch eine Latenzlosigkeit, die schlimmer ist, als die Greuel gegen die Armenier. Deshalb muß ich darauf beharren, daß mir eine Antwort gegeben wird.

Foch: Ich werde die Sache prüfen.

Erzberger: Ich bin dankbar für diese Auskunft, aber sie ist ungenügend. Die Antwort muß erteilt werden in der Schiffahrtskommission, denn die Frage des Rücktransportes unserer Gefangenen ist uns ebenso wichtig, wie die Frage der Lebensmittelversorgung. Schiffe sind genug vorhanden.

Darauf überreicht Staatssekretär Erzberger ein Exemplar der soeben verlesenen Rede dem Marschall Foch. Auch der englische Vertreter wünscht ein Exemplar.

Foch: Ich nehme Kenntnis vorbehaltlich der von mir bereits erhobenen Einwände. Ich erwarte Antwort morgen früh.

Der Volksstaat Württemberg.

Die Vorbereitungen für einen Verfassungsentwurf sind seit Ende Dezember im Ganzen. Gestern hat der von der provisorischen Regierung für diesen Zweck eingesetzte Ausschuss seine Arbeiten beendet. Die Grundzüge des vom Verfassungsausschuss aufgestellten Entwurfs sind, wie wir der „Schwäb. Tagwacht“ entnehmen, folgende: Der Volksstaat Württemberg bleibt ein Bestandteil des deutschen Reiches. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Der Wille des Volkes kommt durch Abstimmung und Wahl zum Ausdruck. Das Stimmrecht steht allen Männern und Frauen mit dem vollendeten 20. Lebensjahre zu. Nichtwürtembergische Deutsche sind stimmfähig, sofern in ihrem Heimatstaat Württemberg stimmfähig sind. Alle Staatsbürger sind gleich an Rechten und Pflichten. Vorrechte des Standes und der Geburt werden nicht anerkannt. Alle Titel, die keine Amtsbezeichnung darstellen, sind aufgehoben und werden nicht wieder eingeführt. Orden und Ehrenzeichen werden nicht mehr verliehen und dürfen von nichtdeutschen Staaten nicht angenommen werden. Zu den öffentlichen Ämtern tragen die Staatsbürger nach Maßgabe ihrer Mittel bei. Für die Verleihung eines öffentlichen Amtes soll nur Tüchtigkeit und Würdigkeit maßgebend sein. Die persönliche Freiheit wird gewährleistet. Die Vergeßlichkeit der Wirtschaft ist nach dem Stande ihrer Entwicklung Aufgabe des Staates. Die Überführung eines Zweiges der Gütererzeugung in die Gemeinwirtschaft erfolgt auf dem Wege der Gesetzgebung. Auch die Arbeitskommission werden durch besonderes Gesetz aufgehoben, neue werden nicht errichtet. Jedem Landesbewohner wird ungehinderte Gewissensfreiheit und staatlicher Schutz für freie Religionsübung innerhalb der Schranken der öffentlichen Ordnung zugesichert. In einer kirchlichen Handlung darf niemand von Staats wegen gezwungen werden. Die Glaubensgemeinschaften ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selbständig im Rahmen der Staatsgesetzgebung. Die Glaubensgemeinschaften sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Das ihnen zustehende Recht der Abgabenerhebung wird durch Gesetz geregelt. Für ihre Ansprüche an das staatliche Vermögen wird eine durch Gesetz festzusetzende Geldrente gewährt. Das Schulwesen untersteht nur der Aufsicht des Staates. Kein Lehrer kann wider seinen Willen zur Erteilung des Religionsunterrichts, kein Schüler wider den Willen der Erziehungsberechtigten zum Religionsunterricht gezwungen werden. Der Landtag besteht nur aus einer Kammer. Auf 25 000 Einwohner entfällt ein Abgeordneter. Die Landtagsperiode dauert drei Jahre. Der Landtag kann jederzeit durch Volksabstimmung aufgelöst werden. Diese findet auf Beschluß des Staatsministeriums oder auf Verlangen von einem Fünftel der Stimmberechtigten statt. Das Staatsministerium, wie auch der Landtag können ein beschlossenes Gesetz der Volksabstimmung unterwerfen. Von der Einsetzung eines Präsidenten des Volksstaates Württemberg wird abgesehen, dagegen wird der jeweilige Ministerpräsident mit der Würde des Staatspräsidenten ausgestattet, der vom Landtag gewählt wird. Er bildet sich sein Ministerium, das des Vertrauens des Landtags bedarf. Der Landtag kann das Staatsministerium aberufen oder auch einzelne Mitglieder entlassen. Die Minister dürfen kein anderes befoldetes Amt ausüben und erhalten als solche keine Pension. Die Vertretung Württembergs nach außen liegt in den Händen des Staatspräsidenten. Alle Staatsverträge bedürfen der Zustimmung des Landtags. Den Ministerien werden Beiräte angegliedert, die aus Vertretern der Ministerien, des Landtags und der Berufsstände bestehen. Die Etatsperiode ist eine einjährige. Die Minister können auf Beschluß des Landtags vor einem Staatsgerichtshof angeklagt werden, wenn sie aus grober Fahrlässigkeit die Verfassung verletzen oder die Sicherheit und Wohlfahrt des Landes schwer gefährden.

Tagednenigkeiten.

Zum Abschluß des neuen Waffenstillstands.

Berlin, 18. Januar. W.A. Die gesamte Presse beurteilt den Abschluß des neuen Waffenstillstands mit lebhafter Befregung.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt, das Reichswirtschaftsamt und das Reichsernährungsamt sehen in der Erfüllung der Ententeforderungen auf Auslieferung der landwirtschaftlichen Geräte den völligen Ruin der deutschen Landwirtschaft und die schlimmste Hungersnot im ganzen Reich.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt unter der Überschrift: „Die Infamie der Entente“. Leider hätten wegen der Kürze der Zeit die zuständigen Ressortminister nicht gehört werden können. Man werde gut tun den Wortlaut der Bedingungen abzuwarten. Im Lande herrsche jedenfalls die Überzeugung, daß es besser gewesen wäre, lieber die ganzen Waffenstillstandsverhandlungen abzubrechen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erblickt in Bedingungen den Beginn einer französischen Agorpolitik auf Kosten Deutschlands. Frankreich gehe systematisch an die Lösung heran und sichere sich schließlich das hierzu erforderliche Rüstzeug. Das sei ein Vorspiel zum Frieden der Versöhnung und Gerechtigkeit.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Die Annahme der neuen Waffenstillstandsbedingungen hätte in der gesamten deutschen Bevölkerung, namentlich in landwirtschaftlichen Kreisen die größte Beunruhigung hervorgerufen. Die in Frage kommenden Ressortminister hätten sich fast einmütig gegen die Annahme dieser Forderung ausgesprochen. Sie bedeuten nichts anderes als die Bedingungen einer Hungersnot.

Ludendorff.

In letzter Zeit werden alle möglichen Gerüchte über General Ludendorff verbreitet. So wird erzählt, er habe sich der Reichsregierung gegenüber verpflichtet, nicht nach Berlin zu kommen; eine Zeitung schreibt, er sei in Frankfurt a. O. und organisiere die Gegenrevolution; eine andere, er stehe schon seit 1 1/2 Jahren auf gepoimtem Fuß mit dem Feldmarschall Hindenburg. Das Tollste ist die aus Stockholm kommende Mitteilung, Ludendorff habe sich Trocki zur Verfügung gestellt und stehe an der Spitze der Bolschewikarmee. Die S. 3 Korrespondenz ist demgegenüber zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Nachrichten sämtlich von Anfang zu Ende erlogen sind. Auch die Meldung, daß General Ludendorff an einer „Rechtfertigungschrift“ arbeite, ist in dieser Form unrichtig. Richtig ist, daß Ludendorff in nicht fernem Zeit mit einem Werke über seine Kriegführung und Kriegspolitik an die Öffentlichkeit treten wird, doch handelt es sich dabei nicht um Rechtfertigung, sondern um eine sachliche, sachliche Klarstellung allen Geschehens und — da wo es nötig ist — um kräftigen Hieb und scharfen Angriff. General Ludendorff steht mit seiner ganzen Person für seine Taten ein.

Die französische Presse.

Berlin, 18. Jan. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß die französische Presse vollkommen unter der Leitung Clemenceaus steht. Die wenigen sozialistischen Blätter, die andere Meinungen vertreten, sind ohne Bedeutung. Die Presse vertritt die Annexionspolitik, ist eifrig bemüht, den Wilsonfriede in einen Gewaltfrieden umzuwandeln, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands zu untergraben und einen Anschluß Deutschlands an Deutschland zu verhindern. Über jedes Angelegen von Bolschewismus in Deutschland sind die Franzosen sehr erfreut, denn ihr Hauptziel ist, Deutschland möglichst zu schwächen. Sobald sich Anzeichen von Ordnung geltend machen, wird drüber von der Entstehung neuer Gefahren geredet. Der Volksbeauftragte Noske ist äußerst unbeliebt, da er Ordnung geschaffen hat. Die Presse verlangt weitere Sicherungen. Deutschland soll zur Lohnarbeit für Frankreich gezwungen werden. Die Presse erklärt die linksrheinischen Gebiete für französisches Land. Diese Land-



reiche seien ein romanisierter keltischer Staat. Das würde-lose Benehmen der Bevölkerung des Rheinlandes wird von den Franzosen mit Berechtigung zur Kenntnis genommen.

Bern, 18. Jan. W.S. Die Berliner Vorgänge finden in der Pariser Presse wohl infolge der Friedenskonferenz nur geringe Beachtung. Im Gegensatz zu Herodot, der darüber errietet ist, daß neben dem Sieg der Obersten Regierung ein verhandlungsfähiger Partner oder ein zahlungsfähiger Schuldner vorhanden sei, kann der Tempus seine Belohnung nicht unterdrücken. Angesichts der Tatsache, daß die schwierigen finanziellen und industriellen Probleme Deutschlands nur durch Hand-in-Handarbeiten mit der Sozialdemokratie gelöst werden könnten, würde das Berlin, in dem Herr Noske nun definitiv gefestigt hat, den Mittelpunkt einer pan-germanischen Gefahr bilden.

Scheidemann und Graf Brockdorff-Ranau Führer der deutschen Friedensabordnung.

Köln, 16. Jan. W.S. In seiner Wahlrede hielt Volksbeauftragter Scheidemann dem Schicksal „Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann“ die Notwendigkeit entgegen, zu bleiben, weil jeder Regierungswechsel in diesen Tagen den Untergang des Landes bedeuten würde. Das deutsche Volk würde eine Spartaunruhen wie 24 Stunden ertragen. Das wäre der Bürgerkrieg. Der Redner kam dann auf die neuen schweren Bedingungen für die Verlängerung des Waffenstillstands zu sprechen, die gerügt seien, Deutschland auf Jahrzehnte hinaus zur absoluten Dummheit zu verurteilen. Wenn die Entente glaube, Deutschland für alle Zeiten ruiniert zu müssen, so müge sie auch selber die Verantwortung tragen. Man werde schnell genug zur Befreiung kommen, denn das hungrierende Deutschland sei der Boden, über den die russische Welle des Bolschewismus hinweggehe, ohne an den Grenzen Frankreichs und Englands Halt zu machen. Wir haben trotz der schwierigen Lage einem solchen Segner gegenüber den guten Willen, Frieden zu schaffen. Die Regierung hat gestern beschlossen, daß die deutsche Friedens-

delegation geführt werden soll vom Staatssekretär Graf Brockdorff-Ranau und mir. Ich soll ganz besonders deshalb mitgehen, um aller Welt zu zeigen, daß ein neues Regiment in Deutschland besteht, ein sozialistisches und demokratisches Deutschland. Es ist klar, daß für unsere Verhandlungen nur das Wilson'sche Programm in Frage kommt.

Spartakisten bei einem Fluchtversuch erschossen.

Berlin, 17. Jan. In der vergangenen Nacht versuchten vier Spartakisten, die während der Spandauer Spartaunruhen verhaftet worden sind, im Tegeler Forst einen Fluchtversuch. Das Besatzungskommando schloß auf die Flüchtenden und tötete sie sämtlich.

Die Sozialisierung der Bergwerke.

Berlin, 17. Januar. Wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, gedenkt die Regierung auf die Klagen der Essener Abordnung wegen der Sozialisierung einige Vertreter des Ruhrkreises vorläufig nicht einzunehmen. Die Regierung verurteilt das Vorgehen des Essener A- und S-Rates aufs Schärfste, will aber der Nationalversammlung nicht entgegen. Die Nationalversammlung soll über das große Problem der Sozialisierung der dazu reifen Betriebe ihre Beschlüsse fassen.

Undurchführbar.

Berlin, 18. Januar. Wie wir zuverlässig hören, hat sowohl das Reichswirtschaftsamt als das Reichsberufungsamt die neuen Forderungen der Entente für die Verlängerung des Waffenstillstands, soweit sie die Forderung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten betreffen, für undurchführbar erklärt.

Vor dem Generalstreik in Oberschlesien.

Berlin, 18. Januar. In den vorgehen und greifen stattgefundenen Sitzungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der ober-schlesischen Stätten, sowie dem Berg- und Hüttenamtlichen Verein und dem Minister Hirth bräutiglich der von den Arbeitern geforderten 800 Mark Entschädigungszulage wurde dieses Verlangen auch in der gestrigen Sitzung, da es in keiner Weise begründet ist, abgelehnt. Es wurde eine Entschädigung gefordert, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß infolge der großen Teuerung, die die Angelegenheit nicht nur für die ober-schlesische Industrie, sondern für die gesamte Industrie und das Wirtschaftsleben Deutschlands hat, die Entschädigung der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmern Deutschlands in Berlin unterbreitet wird. Da eine Einigung nicht zustande kam, verließen die Regierungsvorsteher den Saal. Der hochbedeutende Generalstreik dürfte vor der Tür stehen.

Der Aufmarsch der Parteien.

Berlin. Zum Aufmarsch der Parteien heißt es im roten „Tag“: Man hätte erwarten sollen, daß beim Wahlkampf die Umgestaltung unserer gesamten Staatsform im Mittelpunkt der Erörterungen stehen würde. Das ist nicht der Fall. Von den blühenden Parteien denkt keine daran, die jetzigen Republik Schwierigkeiten zu machen. Was die Sozialdemokraten von einer antirevolutionären Verschönerung reden, hat keines realen Hintergrund. Das Bürgeramt weiß sehr genau, daß jeder Versuch einen Stützpunkt der gegenwärtigen Regierung das unabsehbare Ende eines Bürgerkrieges entfesseln würde. Es sucht sich der

Der Traum in Feindesland.

Roman von Julius Schoenthal.

67

(Nachdruck verboten.)

Und eine große Sehnsucht lagte sie an, unbewegbar, unerschütterlich, die Sehnsucht nach der Heimat, nicht nach Koggenbüsch, nicht nach Ritas, nur nach dem Land, dem grünen, weiten Land, wo man ihre Sprache sprach, und die Menschen anders, so ganz anders waren als hier.

Und plötzlich warf sie die geäußerten Worte in die Stille: „Ich werde England verlassen!“

Der Oberst fuhr empör. „Sie, Marianne? Sie wollen — —?“

„Dringen Sie nicht in mich, Schwager! Ich weiß, Sie meinen es gut mit mir. Aber ich... ich kann nicht mehr. Ich will nach Deutschland fahren!“

„Nach Deutschland, Marianne? Sehen Sie auch bedacht, daß Sie ein anderes Deutschland finden werden, als Sie verlassen, ein vom Kriege bedrücktes, ein unter der Weisel der Zeit schwer seufzendes, aus Millionen Wunden blutendes Deutschland!“

„Vielleicht, Schwager, vielleicht ist es wirklich so, wie hier die Blätter schreiben. Aber ich will deutsche Menschen mit uns leben, die heimeligen Hauswirtschaftsbewohner am Wege! und am Rheinstrom schwimmen und tausendfach aus aller Munde meine Sprache klingen und widerklingen hören.“

„Marianne!“ Eine fremde, früher kaum gekannte Wärme lag auf diesem Wort. Marianne, lassen Sie nicht vornehmlich Ihre Entschlüsse! Denken Sie daran, daß uns beiden das Schicksal über mich verhängt hat! Wollen Sie mir nicht helfen, die Zukunft neu aufzubauen?“

„Sie sah ihn mit leuchtendem geweihten Augen an. Das Hang... Ja, wie kann das nur?... Sie lauschte, als vernähme sie fernem Glocken Klang.“

„Marianne! Ich möchte das, was sich mit mir jetzt auf die Lippen drängt, noch in meiner Brust verankern, bis der Tag naht, an dem vielleicht auch Ihre Schritte den meinen entgegensteigen. Wir haben beide durch das Grauen des Krieges unendlich viel verloren. Ich weiß

nicht, wer von uns beiden schwerer zu tragen hat. Ich, aus dessen Heim die Gattin gerissen ward, oder Sie, der das Schicksal Schwester und Bruder raubte. Glauben Sie mir: Ich fühle mir nicht und anständig mit Ihnen! Ich teile buchstäblich Ihren Schmerz! Ich habe Mitleid in des Wortes tieferer Deutung; denn ich leide mit Ihnen. Es ist einsam in uns, einsam um uns geworden: Wollen, müssen wir beiden Einsamen uns da nicht fester zusammen-schließen gegen die Läden des Schicksals, sollen wir uns nicht viel lieber die Hände reichen und mit einem Blick voll Tränen und voll Hoffnung zugleich den Weg gemeinsam beschreiten, der noch vor uns liegt? Was soll ich beginnen, wenn auch Sie das Haus verlassen? Was soll aus den Kindern werden? Ist Ihnen nicht ein heiliges Vermächtnis Hildegards gerade in den Kindern geworden? Sie wissen, wie sehr sie an Ihnen hängen!“

Bururne Mute überzog ihre Stirne. Sie schlug die Augen nieder und hob wie abwehrnd die Hand.

„Ich weiß, Marianne, daß Sie dies Land, die Menschen hier nicht lieben. Ich bin unabhängig genug, Ihren Wünschen Rechnung tragen zu können. Ein Wort von Ihnen, und wir werden den einsam-gemeinsamen Weg in Ihre Heimat drücken wandern...“

Er ward durch das Böden des alten Dieners unterbrochen. Der Bedienter zog die Stirn in Falten.

„Was gibt es?“

Der Grafkopf aber schritt nicht auf ihn, sondern auf Marianne zu und reichte ihr auf silberner Platte die Karte Aiterleys.

Der Herr bittet um Entschuldigung wegen der Störung zu so ungewöhnlicher Stunde. Aber die Angelegenheit, in der er das gnädige Fräulein zu sprechen wünscht, dürfte sein Embden rechtfertigen.“

Marianne sah unwillkürlich abwechselnd auf die Karte und ihren Schwager. Der Bedienter erhob sich. „Ich will nicht im Wege stehen, Marianne. Ich bitte abzuweichen die Abfahrt, heute noch ein Stündchen den „Army and Navy“ aufzusuchen. Ich will mich nur noch umreißen. Auf Wiedersehen! Bedenke Herrn Aiterley einen Gruß von mir!“

„Ist's etwas Gutes oder Schlimmes, das Sie bringen, Herr Aiterley?“

„Baroneß, das vermag ich am wenigsten zu beurteilen. Der mich sandte, glaubte wohl, es sei etwas Gutes.“ — „Sie kommen in fremdem Auftrag?“

„Von Captain Longford, gnädiges Fräulein. Er bittet Sie durch mich, diesen Brief entgegenzunehmen zu wollen.“

Ihre Herrs Kopfe zum Berstigen. Was war das heute für ein wunderlicher Tag? Nahm denn dieser Sturm der Ereignisse kein Ende?

Mit zitternden Händen erbrach Marianne den Umschlag. Fast fiebernd las sie die Zeilen. Dann bedeckte sie das Gesicht mit den Händen, und Aiterley wollte es fast bedürfen, als werde ihr Körper von heiligem Schrecken erschüttert.

„Verzeihen Sie, Herr Aiterley... ich muß... ich... Gedulden Sie sich ein paar Minuten! Ich werde sofort wieder bei Ihnen sein.“

Und sie fürzte davon, auf ihr Zimmer, um noch einmal und noch einmal diesen Brief zu lesen.

Währenddessen ging der Bedienter ungeduldig vor dem Kamme auf und ab.

Endlich kam Marianne zurück. „Es ist gut!“ können Sie Herrn Longford sagen... Abgesehen, gestatten Sie die Frage: Sind Sie in alles eingeweiht? Wollen wir nicht hier eintreten?“

Sie öffnete die Tür zum Herrenzimmer. „Also, bitte, hier können Sie ganz frei reden.“

„Ob ich in alles eingeweiht bin, weiß ich nicht, gnädigste Baroneß. Doch kenne ich Herrn Longford's wahren Namen; ich kenne seine Absichten, und ich weiß, daß das gnädige Fräulein, wenn das Stichwort „es ist gut“ fällt, ebenfalls den Boden Großbritanniens verlassen und sich Herrn Longford's Führung anvertrauen will. Was mich persönlich betrifft, so wird es mir ein Vergnügen sein, dem gnädigen Fräulein dienen zu können. Ich habe Herrn Longford versprochen, Sie nach Wiesbaden zu geleiten und zwar am dem Tage oder besten in der Nacht, in der Sie mich verlassen.“

(Fortsetzung folgt.)



schied scheint dem Einkender entgangen zu sein. Ich empfehle ihm überhaupt sorgfältigeres Studium, ehe er gegen die beiden Wahlschüsse leichtfertig so schwere Anschuldigungen erhebt.
Ragold, den 18. Jan. 1919.
Stadtkaufmann Maier.

Beste Nachrichten.

Die gewählten württ. Abgeordneten.
Es wurden gewählt: von der deutschen demokratischen Partei:

1. Vayr, Friedrich, Geheimer Rat, Stuttgart.
2. Naugmann, Conrad, Staatssekretär a. D., Rechtsanwalt, Stuttgart.
3. Wieland, Philipp, Dr. Ing. Fabrikant und Gemeinderat, Ulm.
4. Hermann, Karl, Handwerkskommerzienrat, Vorsitzender des Mittelrandskartells, Reutlingen.

Von der Zentrumspartei:

1. Göbber, Adolf, Staatssekretär a. D., Heilbronn a. N.
2. Czuberger, Matthias, Staatssekretär, Berlin-Charlottenburg.
3. Andre, Joseph, Advokatsekretär, Stuttgart.
4. Holz, Eugen, Amtsrichter, Rottenburg a. N.

Bergebung von Straßenbauarbeiten.

Zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit und Verdienst für entlassene Rüstungsarbeiter und Heeresangehörige werden die Arbeiten zur Verbesserung der Nachbarschaftsstraße von Sulz nach Ruppingen zur Bewerbung ausgeschrieben und zwar:

Erdarbeiten 10 000 cbm, Vorfuge 8500 qm, Schotter 950 cbm, Zementröhren 224 lfd. m, Randelpflaster 714 qm.

Die Verdingungsunterlagen können auf dem Rathaus in Sulz eingesehen werden. Angebote auf die Ueberrahme sämtlicher Arbeiten durch einen Unternehmer sind unter Benützung der aufgelegten Verdingungsauszüge, in die Einzelpreise und Gesamtforderung einzusetzen sind, unterzeichnet und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis 1. Februar nachmittags 1 Uhr an das Schultheißenamt Sulz einzureichen, wo um die genannte Zeit auch die Eröffnung der Angebote, der die Bieter anwohnen können, stattfindet.

Zuschlagsfrist 8 Tage.

Ragold, den 18. Januar 1919.

Oberamtsbaumeister Schleicher.

Ragold.

Geschäfts-Empfehlung

Der geehrten Einwohnerschaft von hier und Umgebung setze ich ergebenst an, daß ich mein

Baugeschäft

wieder eröffnet habe, und wird mein eifriges Bestreben sein, meine werthe Kundschaft aufs Beste zu bedienen.

Ferd. Weimer, Baugeschäft.

Ifeldhausen.

Verkaufe mein gutgehendes Limonade-Geschäft samt Zubehör.

Gustav Raaf.

Verkaufe eine mit dem zweiten Kalb 20 Wochen trächtige



Muz- u. Schaffkuh

G. Dürr, Goldfabrik Effringen.

Haiterbach.

Eine ältere gute

Muz- u. Schaffkuh



38 Wochen trächtig jetzt dem Verkauf aus.

Fr. Single, Schreiner.

- Von der Sozialdemokratischen Partei:
1. Reif, Wilhelm, Redakteur und früheriger Reichstagsabgeordneter, Ludwigsburg.
 2. Hübnerbrand, Karl, Geschäftsführer der Volksfürsorge und früherer Reichstagsabgeordneter, Homburg.
 3. Salm, Albert, Mechaniker, Wangen-Stuttgart.
 4. Schlichte, Alexander, i. Vorj. des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart.
 5. Renngott, Gottlieb, Arbeitersekretär und Gemeinderat Efflingen.
 6. Steinhilber, Otto, Gewerkschaftsangehöriger, Stuttgart.
 7. Blos, Anna, Schriftstellerin, Degetloch-Stuttgart.

Von der Württemb. Bürgerpartei:

1. Kraut, Heinrich, Rechtsanwalt, Stuttgart.
2. Bogt, Wilhelm, Dekonomierat, Landwehr, Gochjen.

Aus Dinslaken (Rheinland) wird berichtet, daß gestern ein Demonstrationzug von etwa 1000 Personen, der von der Fache Lohberg ausging, gruppenweise in der Stadt in die Wahllokale, mit Säcken eindringend und die Wahlen verhinnderte, indem er die Wahlurnen und Wahlzettel mitnahm. Eine Gegenwehr war unmöglich.

Elemente aus ist zum Vorstehenden der gegenwärtigen

Friedensbestrebungen erannt worden. Die Kette hat diese gestern in Versailles mit einer Rede eröffnet.

Die Reichsregierung hat Reichsbesoldungsmächte zur Sozialisierung von Bergwerken ernannt. Einstweilen ist das Ruhrgebiet dazu aussersehen worden.

Für die Schlichtung verantwortlich Paul Sager, Ragold.
Verlag u. Verlag der G. W. Zaiser, Ragold.

Amliches.

Bekanntmachung des Ernährungsministeriums über die Verlängerung der Schonzeit für Rehwild.

Mit Genehmigung der preussischen Regierung wird die allgemeine ordentliche Schonzeit für Rehwild, Rehrasen und weidliche Rehrähe in entsprechender Fassung der in § 1 Abs. 1 Ziff. 3 und 5 der Verordnung über die Hegezeit des Wildes vom 17. März 1910 (Reg. Bl. S. 201) vorgeschriebenen Schonzeiten (vergl. auch Buchstabe b der Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 14. August 1918, Staatsanz. Nr. 190) bis 31. Januar 1919 verlängert.

Die Stadtdirektion Stuttgart und die Oberämter werden beauftragt, dies alsbald in geeigneter Weise bekannt zu geben.

Stuttgart, den 4. Jan. 1919. Baumann.

Bfecondorf, den 19. Jan. 1919.



Todes-Anzeige.

Unser lieber, einziger, hoffnungsvoller Sohn

Eugen Huber
Seminarist

ist nach langer, sehr schmerzlicher Krankheit im Alter von nicht ganz 18 Jahren heute früh sanft entschlafen.

Wir geben diesen unseren lieben Verwandten, Freunden und Bekannten Kenntnis mit der Bitte um stille Teilnahme.

Beerdigung Dienstag den 21. Januar mittags 1 1/2 Uhr.

In tiefem Schmerz.

der Vater **Martin Huber**
mit Frau **Katharine geb. Brenner.**

Ragold, den 18. Jan. 1919.



Todes-Anzeige.

Schmerz erfüllt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß unser lieber Vater, Großvater und Schwiegervater

Gottlieb Bug
Hafner,

nach längerem, schmerzlichem Leiden im Alter von 84 Jahren heute früh 5 Uhr in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Montag nachm. 3 Uhr.

Wir bitten, dies statt besonderer Anzeige entgegenzunehmen.

Wenden, den 19. Januar 1919



Todes-Anzeige.

Schmerz erfüllt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß unsere liebe gute Mutter, Großmutter und Schwiegermutter

Anna Maria Lehmann
geb. Kübler

heute morgen 3 Uhr nach längerem Leiden im Alter von 63 1/2 Jahren sanft im Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Dienstag mittags 1 1/2 Uhr.

Krankenunterstützungsverein Ragold.

Unser Mitglied Gottlieb Bug ist gestorben. Beerdigung Montag 3 Uhr. Zur Beerdigung wird herzlich eingeladen. Sammlung beim Trauerhause. Der Vorstand.

Gefunden

wurde ein kleinerer Geldbetrag.

Derselbe kann abgeholt werden bei Ludwig Reif, Obkirchlg. Telefon 76.

Wer würde einem jungen Mann ein paar

Ski

gegen sehr gute Bezahlung für diesen Winter leihen? Würde solche eomit. auch kaufen. Näheres bei der Geschäftsstelle des Blattes.

Auf 1. Febr. | u d e | ich ein jüngeres

Mädchen,

das schon gedient hat und bitte Angebote zu richten an Fel. Clara Meyer, beim Seminar, Ragold.

Frau Antmann Mayer, Degetloch.

Gv. Jünglingsverein.

Am Dienstag, 21. Jan. abends 8 Uhr wieder

Bereinsabend
im toten Schulhaus.
Der Ausschuss.

Tüchtiger **Prov.-Reisender** gesucht.

zum Besuche der Landw. gegen hohe Prov.

Offerte unter J. H. 200 an die Exped. d. Bl.

Junge,

welcher Lust hat, die Möbelschreinererei zu erlernen, kann sofort oder später eintreten.

Chr. Holzäpfel
mech. Möbelschreinererei
Ehhausen.

Ragold
Ein williges

Mädchen

nicht unter 18 Jahren für Haus- und Landwirtschaft

gesucht.

Gottl. Grüninger.

Christliches **Vergissmeinnicht.**

bei G. W. Zaiser, Ragold.

Lehrverträge empfiehlt G. W. Zaiser.

Ragold.
Wegen Endbehrlichkeit habe einen wenig getragenen **schwarzen Anzug** abzugeben.
Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Zuge auf 15. Februar oder 1. März ein kräftiges

Mädchen

in kleinere Landwirtschaft **August Reichert Wilberg.**

Kalender

empfiehlt **G. W. Zaiser, Ragold.**

Prakt. Neuheiten

Nähähle 'Näherin'
FRANZ. amerik. System für alle Näharbeiten an Leder, Schuhen, Filzen, Decken, Geschürten usw.
1 St. m. 3 Nadeln u. Garn A 3.80, 2 St. A 10., 10 St. A 28.
Eis. Schusterdreifüße A 4.80.
echte Schusterhämmer A 2.80.

Keine Lichtstut mehr mit unserem

Dauerleuchter zu füllen mit Feuerzunderstoff oder Benzol. Benzol, Petrol, d. St. A 3.80. Feuerzunderstoff, d. St. A 78. Brennstoff 1 gr. Flasche A 1.00.

Verkauft gegen Nachnahme durch Neuheitenindustrie, Stuttgart. Weinstra. 40. Tel. 7361. Wienerverkauft hoch. Ragold.